



Innenausschuss

100. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

Zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:

Ausschuss für Kommunalpolitik

140. Sitzung (öffentlich)

8. Dezember 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU) (IA)
Stefan Kämmerling (SPD) (AKo)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Zehntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes **8**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13261

Ausschussprotokoll 16/1536

Der **Ausschuss für Kommunalpolitik** stimmt dem
Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/13261**

¹ nicht öffentlicher Teil siehe APr 16/335

Innenausschuss (100.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik (140.) (öffentlich)

08.12.2016
sd-ro

mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

Der **Innenausschuss stimmt** dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/13261** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

2 Aktuelle Viertelstunde (*TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage*) **13**

Auf welcher Rechtsgrundlage und mit welcher konkreten Vorgabe in Bezug auf den zu kontrollierenden Personenkreis wird von der Polizei Nordrhein-Westfalen nach Innenminister Jägers Aussage ‚Schleierfahndung‘ betrieben?

Bitte der CDU-Fraktion um Beantwortung der Frage

Minister Ralf Jäger (MIK) beantwortet die Frage. Eine kontroverse Aussprache schließt sich an. **13**

3 Gesetz zur Stärkung des Kreistags **22**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12362

APr 16/1507

Der **Ausschuss** gibt kein Votum zu dem Gesetzentwurf **Drucksache 16/12362 ab**.

4 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalen (LBG NRW) **23**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13532

Gregor Golland (CDU) beantragt eine Sachverständigenanhörung. **23**

Innenausschuss (100.) (öffentlicher Teil)

08.12.2016

zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:

sd-ro

Ausschuss für Kommunalpolitik (140.) (öffentlich)

5 Polizeipräsenz im ländlichen Raum stärken – System der Kräfteverteilung sachgerecht fortentwickeln! 24

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13413

Gregor Golland (CDU) beantragt eine Sachverständigenanhörung. 24

6 Ehrliche und offene Evaluation kriminalpolitischer Maßnahmen ermöglichen – Kriminalitätsstatistiken reformieren 25

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13524

Der **Ausschuss beschließt** eine nachrichtliche Beteiligung an der Anhörung des Rechtsausschusses.

7 Eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle für Nordrhein-Westfalen schaffen 27

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8974

APr 16/1151

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/8974** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Piratenfraktion **ab**.

8 Verkehrssicherheit gewährleisten – Diskriminierung von Cannabiskonsumenten verhindern! 30

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11887

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/11887** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten **ab**.

Innenausschuss (100.) (öffentlicher Teil)

08.12.2016

zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:

sd-ro

Ausschuss für Kommunalpolitik (140.) (öffentlich)

- 9 Digitale Gefahrenabwehr – Sicherheitslücken entdecken und schließen** **33**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13033
Vorlage 16/4505
- Kurze Aussprache. **33**
- 10 Zwei weitere Verdachtsfälle von „Reichsbürgern“ in Reihen der nordrhein- westfälischen Polizei** **34**
- Vorlage 16/4492 und
Vorlage 16/4563
- Aussprache. **34**
- 11 Demnächst Kuschelkurse für Polizeihunde in Nordrhein-Westfalen?** **36**
- Vorlage 16/4493
- IdP Bernd Heinen (MIK) beantwortet Fragen der Abgeordneten. **36**
- 12 Kriminelle libanesische Großfamilie und Roma-Clan sollen Allianz in Duisburg-Marxloh geschmiedet haben – Erkenntnisse über kriminelle Familienverbände in Nordrhein-Westfalen** **40**
- Vorlage 16/4495
- Aussprache. **40**
- 13 Offengebliebene Nachfragen zu den Ereignissen in Düren (Übergriffe auf PVB und Platzsturm) (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage)** **44**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4555
- Aussprache. **44**

Innenausschuss (100.) (öffentlicher Teil) 08.12.2016
zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit: sd-ro
Ausschuss für Kommunalpolitik (140.) (öffentlich)

14 Aktuelle Ereignisse im Hambacher Forst 46

In Verbindung mit:

Erneuter Angriff auf RWE-Mitarbeiter im Hambacher Forst

Bericht der Landesregierung

– Bericht von IdP Bernd Heinen (MIK), Aussprache. 46

15 Planungen Einsatz Silvester 2016/2017 in den Kreispolizeibehörden Bielefeld, Köln, Düsseldorf und Dortmund (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) 54

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4553

IdP Bernd Heinen (MIK) beantwortet die Fragen der FDP-Fraktion, Aussprache. 54

16 Weniger Druck auf Rocker, Clans und kriminelle Banden? Wie hat sich die Verfügbarkeit operativer Kräfte der Polizei NRW zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in NRW entwickelt? (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) 61

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4554

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht **Vorlage 16/4554 zur Kenntnis.**

* * *

Innenausschuss (100.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik (140.) (öffentlich)

08.12.2016
sd-ro

1 Zehntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13261

Ausschussprotokoll 16/1536

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wir haben eine öffentliche Anhörung zu diesem Thema am 24. November durchgeführt. Das Protokoll der Anhörung liegt als APr 16/1536 vor. Wir treten heute in die abschließende Beratung gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik ein. Änderungsanträge sind mir bis heute nicht bekannt. Gibt es Wortmeldungen aus den Ausschüssen?

Christian Dahm (SPD): Ich will gleich bei dem anknüpfen, was Sie angesprochen haben. Richtig ist, dass wir keine Änderungsanträge zu diesem Gesetz stellen werden. Das Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes entspricht in etwa der Vereinbarung, die die Regierungskoalition gemeinsam mit der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden getroffen hat. Im Grundsatz gibt das für die Städte und Gemeinde Handlungssicherheit und Planungssicherheit. Sie wissen, was auf sie zukommt. Es wird den Systemwechsel ab 1. Januar geben, indem es dann eine Spitzabrechnung gibt. Die Kommunen werden dann planen können. Zukünftig wird das Geld den Köpfen folgen.

Sie haben die Anhörung angesprochen. Die vorgebrachten Argumente der kommunalen Spitzenverbände sind hier aus Sicht der Städte und Gemeinde durchaus nachvollziehbar, aber haben in der Sache kaum etwas mit dem FlüAG zu tun. Es wurde beispielsweise gefordert, eine Spitz- und Endabrechnung zum Ende des Jahres 2016 vorzunehmen. Auch da von unserer Seite der Hinweis, dass die Flüchtlingszahlen in diesem Jahr nicht angestiegen sind, so wie es seinerzeit vereinbart worden ist, dass dann eine Endabrechnung vorgenommen wird. Wir haben deutlich zurückgehende Flüchtlingszahlen. Das ist auch gut so. Von daher glaube ich, dass es richtig ist, dass hier keine erneute Abrechnung vorgenommen wird.

Auch die von den Spitzenverbänden vorgebrachten Argumente hinsichtlich des Rechtskreiswechsels ist aus Sicht der Städte und Gemeinden nachvollziehbar. Das betrifft auch die Frage, wie geht man mit Geduldeten über die Zahlung von drei Monaten hinaus um? Ich glaube, da sind wir alle – Landesregierung, Regierungskoalition – den Städten und Gemeinden schon weit entgegengekommen, mehr als andere Bundesländer. Ich will hier gar nicht einmal auf die Kostenrechnung hinweisen, wer hier was übernimmt vonseiten des Bundes oder des Landes. Ich glaube, das brauchen wir heute nicht zu tun. Ich bin mir aber sicher, dass Herr Kuper das gleich wieder machen wird. Ich darf Ihnen sagen: Die SPD-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf unverändert zustimmen.

Innenausschuss (100.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik (140.) (öffentlich)

08.12.2016
sd-ro

André Kuper (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht überraschen, dass wir diesem FlüAG nicht zustimmen werden. Es hat einige Änderungen in diesem Gesetz gegeben wie die Anhebung der Pauschale, Aktualisierung des Stichtages, Einbeziehung der Geduldeten, Härtefallfonds, Berücksichtigung der Landeseinrichtungen in den letzten Jahren. Das ist positiv, aber wir haben immer noch keine Ist-Kosten, die hier einbezogen werden. Wir haben ein Hin und Her im Bereich der Landeserstaufnahmeeinrichtungen. Diese werden sowohl auf die Zahl der ankommenden Flüchtlinge angerechnet als auch finanziell berücksichtigt. Jetzt fällt die finanzielle Förderung, die Berücksichtigung des finanziellen Anreizes heraus. Außerdem wird die entsprechende zahlenmäßige Anrechnung verschlechtert.

Dann haben wir die Einbeziehung der Geduldeten zu einem konkreten Stichtag für ein Jahr, jetzt nur noch Geduldete ab November für lediglich drei Monate. Das heißt, 45.000 Geduldete, wobei die Kommunen keinen entsprechenden Einfluss haben, bleiben in deren Finanztableau. Da ist eine Vielzahl an Dingen, die nicht hinhaut. Wir meinen, dass die Gruppe der bestandskräftig abgelehnten und geduldeten Ausländer im Rahmen dieser pauschalen Finanzzuweisung erfolgen muss. Wir meinen, dass es auch künftig eines kleinen Anreizes bräuchte, allerdings nicht aus der kommunalen Gemeinschaftspauschale des FlüAG, sondern separat. Wir sind auch der Meinung, dass der Schwellenwert als Härtefallregelung für außergewöhnliche Krankheitskosten zu hoch ist.

Ich will noch einmal auf den Kollegen Dahm eingehen. Das mit der Spitzabrechnung ist weniger vor dem Hintergrund, wie Sie es ausgeführt haben, gemeint gewesen. Wir haben im FlüAG immer eine Differenz zum Stichtag zwischen den Zahlen der Flüchtlinge und den tatsächlichen Zahlungen von einem Jahr gehabt. Da ist eine Differenz. Die müsste noch ausgeglichen werden. Und das meint die Stichtagsregelung. Das FlüAG ist besser als in den Vorjahren, wenn man ein kleines Fazit ziehen will. Aber es ist immer noch nicht gerecht. Vor allem ist es noch lange nicht auskömmlich für die Kommunen.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Kuper, Sie haben gerade ein paar Widersprüche aufgemacht. Sie brauchen jetzt eine Begründung, um das Gesetz abzulehnen. Das kann ich verstehen. Als Opposition, kurz vor dem Wahlkampf, kann man so einem Gesetz nicht zustimmen. Das ist schon nachvollziehbar. Aber Sie müssen schon in der Argumentation stringent bleiben – Stichwort Anrechnungsfaktor.

Die Anrechnungsregeln, die wir im letzten Jahr hatten, haben zu großen Verwerfungen geführt – einmal auf der Ebene der Köpfe, dass die, die angerechnet werden, irgendwo anders bleiben müssen, die anderen müssen eben mehr aufnehmen, wenn sie in der Landeseinrichtung weniger aufnehmen. Das hat alles irgendwie funktioniert, als wir noch 2.000, 3.000 Landesplätze hatten, aber mit 80.000 hat diese Umverteilung natürlich zu den Verwerfungen geführt. Dies wurde zu Recht kritisiert. Dazu kam noch, dass es durch dieses System des Geldtransfers mit der quotalen Geldzuweisung, die nicht den Köpfen folgte, zusätzlich zu Verzerrungen gekommen ist.

Innenausschuss (100.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik (140.) (öffentlich)

08.12.2016
sd-ro

Jetzt sind wir daran gegangen, diese Verzerrung zu ändern, indem dieser Anrechnungsfaktor jetzt abgemildert wird. Das kritisieren Sie ja jetzt. Da haben die kommunalen Spitzenverbände ... Ich hätte gedacht, gut, das machen wir zum 01.01. – Ende, aus, damit diese Verzerrung nicht mehr kommt. Die Kritik war ja berechtigt. „Wir können uns nicht darauf einstellen, das ist im Vorfeld, das ist alles zu schnell“ – das verstehe ich auch. Ich komme selbst aus einer Stadt, die Schwierigkeiten hat, das jetzt alles hinzubekommen, sodass man dann gesagt hat: Dann gibt es noch einmal eine Stufe. Man ist ihnen entgegengekommen. Das ist ja nicht die erste Anhörung, die wir machen, die lief auf Regierungsebene schon einmal. Jetzt finde ich da einen Punkt, bei dem es gut ist.

Sie haben gerade gesagt: Na ja, aber das ist doch alles viel zu schnell, zu schrecklich. Diese Anrechnung ginge nicht. Entweder kritisieren Sie die Verzerrungen, die sich dadurch ergeben haben – dann müssten Sie diese Regelung gut finden –, oder für wen reden Sie jetzt? Sie müssten sagen, das finde ich falsch, weil die Verzerrung hingenommen werden muss. Beides geht dann aber nicht. Deswegen war das in sich dialektisch. Wir lösen hier ein Problem, was Sie hier aber wieder problematisieren. Ich verstehe das nicht so ganz.

Was die Anrechnung der Geduldeten angeht, ist das sicher ein Kompromiss mit den drei Monaten. Noch einmal: Der Bund gibt eine Pauschale. Die beträgt in diesem Jahr – Sie müssen mich korrigieren, wenn ich die Zahlen falsch im Kopf habe – ungefähr so viel, wie wir vom Bund bekommen und an die Kommunen weitergeben im Rahmen des FlüAG. Ich habe die Zahlen gerade nicht präsent. Ich weiß, dass geschätzt wird, dass wir hier ungefähr 1,3 Milliarden € an die Kommunen geben. Vom Bund stehen im Moment im Haushalt 253 Millionen als Einnahme aus der Flüchtlingspauschale. Da wäre es vielleicht hilfreich, wenn wir vom Ministerium die aktuellen Zahlen bekämen. Das heißt, das, was wir vom Bund bekommen, verdoppeln wir mindestens und geben es an die Kommunen weiter.

Wenn wir da sagen: Das, was der Bund nicht macht, nämlich eine Dynamisierung und die Geduldeten geben wir on Top dazu, dann finde ich das mehr als fair. Insofern ist das hier die Umsetzung der Vereinbarung. Es werden Probleme gelöst, die sich aus dem System im letzten Jahr ergeben haben. Das Geld folgt den Köpfen – eines der wichtigsten Ziele, die wir erreichen. Bei der Höhe, die hier gezahlt wird, da können wir uns auch sehen lassen.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sie wissen, dass wir noch einen anderen Blick auf das Gesetz haben. Das Gesetz regelt die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge hier im Land und in den Kommunen. Für uns ist es wichtig, dass das Geld, das bezahlt wird, auch richtig ankommt und richtig verwendet wird, für die Menschen verwendet wird. Deswegen schließen wir uns der Stellungnahme des Flüchtlingsrates zum Gesetz in großen Teilen an. Wir haben auch immer bemängelt, dass hier keine Mindestzahlen definiert werden. Das ist hier auch immer noch nicht der Fall – Mindeststandards für die Unterbringung und für die Versorgung. Wir haben keine Kontrolle über die Leistungen, die für die soziale Betreuung bezahlt werden, wie die ver-

Innenausschuss (100.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik (140.) (öffentlich)

08.12.2016
sd-ro

wendet werden. Wir haben immer wieder Meldungen von Missständen. Da fehlt die Kontrolle, da fehlen die definierten Mindeststandards. Im Moment hat es in den letzten Tagen einen Protest gegeben, Berger Allee, Flüchtlingsunterbringung. Manche halten das für eine 1a-Lage am Rheinufer. Bei den Flüchtlingen sieht es etwas anders aus. Die Alleinstehenden müssen mit 17 Personen in einem einzelnen Raum leben, Familie mit drei Generationen in kleinen Zimmern usw. Das wird alles nicht definiert. Das ist sehr traurig. Ich erinnere mich an eine große Ankündigung der Landesregierung „vom Flüchtling her denken“. Das war wohl nur eine Luftnummer. Es ist vor allem nicht nachvollziehbar.

Wenn wir hier auf eine Spitzabrechnung hinauslaufen, was gewünscht ist, was die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen noch einmal gesagt haben: Warum haben Sie dann Angst vor Konnexität? Wo ist denn da der Unterschied? Ich verstehe das nicht.

Wenn Sie die Dinge zahlen, die gefordert sind, die die Kommunen brauchen, und Sie machen eine Ist-Abrechnung: Ich verstehe den Unterschied nicht, warum Sie hier nicht endlich Standards festschreiben. Da die nicht im Gesetz drinstehen, ist es kein Wunder, dass wir das auch ablehnen werden.

Henning Höne (FDP): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kürze das ab: Weder ist das Gesetz so gut, wie Frau Düker und Herr Dahm das hier geäußert haben, noch ist es so schlecht, wie es Herr Kuper gesagt hat. Wir verweisen insbesondere auf die Kritikpunkte der kommunalen Spitzenverbände und werden uns enthalten.

André Kuper (CDU): Frau Düker, Herr Dahm, ich will das noch einmal vertiefen. Sie kaschieren mit Ihren Worten eine drastische Verschlechterung, und zwar bei der Einbeziehung der Geduldeten. Wir haben in diesem Jahr eine Einbeziehung der Geduldeten gehabt, und zwar für das gesamte Jahr. Sie reduzieren jetzt diese Leistungen auf drei Monate. Und das ist eine Verschlechterung, die wir entsprechend kritisieren.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wurde aber eine Frage von Frau Düker an das Ministerium gerichtet.

MDgt Burkhard Schnieder (MIK): Ich kann jetzt nur insgesamt etwas dazu sagen. Das Finanzministerium hat vor Kurzem ausgerechnet, dass der Bund an das Land NRW 38 % der Flüchtlingskosten insgesamt refinanziert.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Wir kommen zu den Abstimmungen.

Innenausschuss (100.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik (140.) (öffentlich)

08.12.2016
sd-ro

Der **Ausschuss für Kommunalpolitik stimmt** dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/13261** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

Der **Innenausschuss stimmt** dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/13261** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

